

# **Für eine zielgenaue Grundsicherung und eine menschenwürdige und teilhabeorientierte Arbeitsmarktpolitik**

von

Silke Krebs, KV Freiburg, Landesvorstand

Malte Hübner, KV Mannheim, Sprecher LAG Wirtschaft und Soziales

Kerstin Andreae MdB, KV Freiburg, wirtschaftspolitische Sprecherin d. Bundestagsfraktion

Andrea Lindlohr, KV Stuttgart, Landesvorstand

Alexander Bonde MdB, KV Ortenau, Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestags

Theresia Bauer MdL, KV Heidelberg, stellv. Fraktionsvorsitzende

Keine Partei hat die Diskussion um bedingungsloses Grundeinkommen so intensiv geführt wie die Grünen. Nun ist es an der Zeit, erste Schlüsse aus den Ergebnissen der Diskussion zu ziehen. Ohne bereits ein konkretes Modell zu entwickeln, wollen wir in diesem Papier aufzeigen, in welche Richtung für uns das Ergebnis der Diskussion liegt.

Wir wollen die Ziele, wenn auch nicht den Weg eines bedingungslosen Grundeinkommens aufgreifen. Wir wollen diese Ziele erreichen, in dem wir reale Chancen durch neue Elemente in der Sozial-, Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik schaffen. Bürokratie und Kontrolle zurückzudrängen ist eine Anforderung, die wir an das bestehende System und nicht erst an mögliche neue Modelle der sozialen Sicherung stellen. Freiheit und Entfaltungsmöglichkeiten für den Einzelnen wollen wir erreichen, in dem der Staat individuelle, zielgenaue, effektive, wirkungsvolle und wohlwollende Unterstützung in unterschiedlichen Lebenslagen gewährleistet.

Die Untersuchungen der letzten Jahre zu Armut und Prekariat haben gezeigt, dass nur differenzierte Konzepte den vielfältigen Aufgabenstellungen unserer Gesellschaft und der Vielzahl der sozialen Lagen gerecht werden. Im Zentrum steht dabei die Gewichtung zwischen und die Gestaltung von „individuellem Transfer“ und „institutionellem Transfer“. Wir glauben, dass diese Abwägung für unterschiedliche Gruppen unterschiedlich getroffen werden muss.

Dabei wissen wir: der Staat kann jeden Euro, den er einnimmt nur einmal ausgeben - entweder für Infrastruktur oder für Transfers. Beide Elemente sind für die Sozialpolitik unverzichtbar. Aber wir stehen in der Verantwortung zu entscheiden, mit welchem Einsatz öffentlicher Mittel wir die größte Wirkung für mehr soziale Gerechtigkeit erzielen können. Wirkung können Angebote aber auch nur entfalten, wenn sie nicht in bürokratischem Aufwand ersticken und die Fähigkeiten, Bedürfnisse und Ziele der betroffenen Individuen aufgreifen. Wir wollen eine soziale Sicherung, die neben individueller Armutsfestigkeit auch soziale Dynamik fördert, um so der Verfestigung von Armut zu begegnen.

Die heutige Realität wird unseren Ansprüchen an eine faire soziale Sicherung nicht gerecht. Armut verfestigt und vererbt sich, viel zu viele empfinden die Umstände staatlicher Leistungen nicht als Hilfe, sondern als Schikane. Strukturelle Gründe für (Langzeit-) Arbeitslosigkeit sind nicht bewältigt. Die meisten Arbeitslosen suchen unabhängig von finanzieller Absicherung neue berufliche Perspektiven und benötigen Unterstützung statt Konzepte, die ihren Ausstieg aus der Erwerbsgesellschaft zementieren.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen für alle lehnen wir ab. Der dafür erforderliche Finanzbedarf ließe sich zwar theoretisch aus dem Volkseinkommen decken, nur bindet ein bedingungsloses Grundeinkommen derart viele Ressourcen, dass dadurch andere notwendige Instrumente der Sozialpolitik in ihrer Substanz gefährdet sind. Der erforderliche massive Umbau des Sozial-, Steuer und Arbeitssystems ist in Wirkung und unerwünschten Seiteneffekten kaum steuer- und gesellschaftlich schwer vermittelbar. Zudem meinen wir, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen die damit verknüpften Hoffnungen keineswegs auch nur annähernd erfüllt.

Die Konzentration auf bedingungslose finanzielle Transfers setzt für Menschen, die aufgrund von Arbeitslosigkeit und Bildungsdefiziten ausgegrenzt oder von Ausgrenzung bedroht sind, die falsche Priorität. Wir brauchen eine Sozialpolitik, die Chancen zur Verbesserung der gesellschaftlichen und finanziellen Teilhabe schafft. Ein bedingungsloses Grundeinkommen fördert dagegen die Zweiteilung der Gesellschaft, denn es fördert den dauerhaften Ausschluss ganzer sozialer Gruppen aus der Erwerbsgesellschaft. Es teilt die Gesellschaft damit auf in diejenigen, die durch Einkommen oder Kapitaleinkünfte an der Wertschöpfung partizipieren und diejenigen, die auf dem Niveau des Existenzminimums verharren.

## **Gründe für neue soziale Gerechtigkeit und gegen ein bedingungsloses Grundeinkommen**

### **1. Armut hat unterschiedliche Formen und unterschiedliche Gründe**

Die Anforderungen, die die Menschen an den Sozialstaat stellen, sind höchst unterschiedlich. Die Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens blenden die Vielschichtigkeit von Problemlagen aus. Die so genannte „Unterschicht“ leidet keineswegs nur an Geldknappheit, sondern braucht umfangreiche und vielfältige Unterstützung, um fehlende Teilhabe, mangelnde Bildung und die "Vererbung" sozialer Benachteiligung überwinden zu können. Das mobile, gebildete Prekariat dagegen braucht flexible und möglichst wenig einschränkende Absicherung für „die Lücken dazwischen“, um frei agieren und die durchaus vorhandenen Chancen auf zukünftig stabilere Verhältnisse nutzen zu können.

Die eine Arbeitslose braucht vor allem rasche und effektive Vermittlung, der andere finanzielle und inhaltliche Unterstützung, um neue Perspektiven aufbauen zu können. Wieder andere sind auf einen zweiten Arbeitsmarkt angewiesen.

Der Traum von der „radikalen Vereinfachung“ wird in der sozialen Sicherung für Betroffene rasch zum Alptraum, da Einzelfallgerechtigkeit massiv reduziert wird. Auch ein „Wir wollen alles“ geht an der Realität vorbei. Bedingungsloses Grundeinkommen und bedarfsabhängige Grundsicherung und allgemein zugängliche und qualitativ hochwertige Infrastruktur für Bildung, Betreuung und soziale Notlagen sind nicht gleichzeitig finanzierbar. Wir brauchen weder die eine Antwort für alles noch alle Antworten für eines, sondern die jeweils passende Antwort. Wer sich dieser Komplexität unserer komplexen Gesellschaft verweigert, wird trotz bester Absicht den wirklich Bedürftigen nicht die Hilfe bieten können, die sie brauchen.

## 2. Erwerbsarbeit bleibt von zentraler Bedeutung

Erwerbsarbeit bleibt auf absehbare Zeit der Weg zu finanzieller und sozialer Teilhabe in unserer Gesellschaft. Auch deshalb zielen viele Modelle eines bedingungslosen Grundeinkommens in die falsche Richtung. Denn:

- Wir befinden uns keinesfalls am Ende der Erwerbsgesellschaft; um das zu sehen genügt ein Blick in so unterschiedliche Länder wie Dänemark und Großbritannien. Vielmehr befindet sich die Erwerbsarbeit in einem Prozess der Veränderung. Mit dem strukturellen Wandel von einer Industrie- zur Dienstleistungsgesellschaft und dem demografischen Wandel ändert sich die Struktur des Arbeitsmarkts. Da unsere Strukturen diesem Wandel nicht gerecht werden, kommt es zu erheblichen Problemen. Das kann aber kein Grund sein, sich den Herausforderungen nicht zu stellen. Zumal andere, vergleichbare Länder die Chancen wesentlich besser zu nutzen verstehen
- Es ist ein Irrweg, Menschen den Ausstieg aus der Erwerbsgesellschaft zu erleichtern. Gerade Mütter wissen ein Lied davon zu singen, wie die vermeintliche Erwerbspause zum endgültigen Verzicht auf berufliche Perspektiven wird. Und wie unzulänglich diese Lücke für die meisten durch ehrenamtliche Arbeit etc. geschlossen wird. Unser Ziel bleibt, jeder und jedem eine auskömmliche und möglichst eigenständige Sicherung des Lebensunterhalts zu ermöglichen.
- Wir wollen, dass andere und/oder neue Formen von Arbeit - z.B. soziale – aufgewertet werden. Dies funktioniert aber nicht, wenn diese in einen ehrenamtlichen Bereich gedrängt werden. Dies soll gerade die Funktion eines bedingungslosen Grundeinkommens sein: Durch die materielle Absicherung sollen die Individuen es sich leisten können, sich sozialer Arbeit zu widmen, die nicht entlohnt wird. Auch geschlechterpolitisch hätte dies gravierende Folgen. Wir müssen trennen zwischen unbezahlbarer Mitmenschlichkeit, auf die wir nicht verzichten wollen und professionellen sozialen Tätigkeiten, die entlohnt und aufgewertet werden müssen. Gerade im sozialen, Pflege- und Gesundheitsbereich liegt ein erhebliches Potential an Erwerbsarbeit.

## 3. Deshalb: Schwerpunkt moderner Sozialpolitik ist die Bildung

Alle westlichen Industriegesellschaften waren in den letzten 20 Jahren Zeuge einer steigenden Ungleichheit der Einkommen. Einer der wesentlichen Gründe dafür ist, dass mit der Entwicklung zu einer Dienstleistungs- bzw. Wissensgesellschaft Bildung und Können immer stärker Voraussetzung für die Möglichkeit sind, Arbeit zu finden und ein verlässliches und zufrieden stellendes Einkommen zu erzielen. Es ist eine der zentralen Herausforderungen an unsere Gesellschaften, der daraus resultierenden Zweiteilung der Gesellschaft in Gewinner und Verlierer entgegenzuwirken. Dabei liegt die Lösung nicht einfach in einer Erhöhung der Transferleistungen. Neben Verteilungsgewinnen Zugangs- und Chancengerechtigkeit an Bedeutung.

Bildungspolitik wird zum wesentlichen Element sozialer Gerechtigkeit. Hier hat Deutschland enormen Nachholbedarf und dies über alle Altersgruppen hinweg: in der frühkindlichen, der schulischen, der universitären und der Weiterbildung. Wir setzen in der Sozialpolitik einem deutlichen Schwerpunkt auf die Schaffung einer allgemein zugänglichen, leistungsfähigen Bildungsinfrastruktur.

Gerade die Schwächsten in unserer Gesellschaft sind darauf angewiesen, ihre Situation verbessern und nicht nur erträglich gestalten zu können. Sie brauchen nicht maximale Freiheit bei minimaler finanzieller Absicherung, sondern eine ambitionierte und vielseitige Unterstützung, gerade auch in Form von Bildungsinfrastruktur. Im

Moment sind wir noch weit davon entfernt, denjenigen die – ob in der Kindheit, der Schulzeit und Ausbildung, im Beruf oder bei Arbeitslosigkeit – am meisten auf Bildungsangebote angewiesen sind, mit unseren Angeboten zu erreichen und ihnen gerecht zu werden.

#### **4. Eigenständigkeit stärken statt Abhängigkeit zementieren**

Wir sehen keinen Sinn darin, generell auf die Anrechnung von Vermögen oder Einkommen oder die Einforderung von Eigeninitiative zu verzichten. Mit welchem Aufwand und in welcher Form das geschieht, ist eine andere Frage. Wir halten am Subsidiaritätsprinzip auch im Bezug auf die einzelnen BürgerInnen fest. Eigenständigkeit und Selbstverantwortung als sinnstiftende Qualitäten sind staatlichen Eingriffen vorzuziehen. Die jeweils nächstliegende staatliche Ebene unterstützt, solange ein Problem oder eine Aufgabe nicht eigenständig gelöst werden kann. Dabei bleibt Eigenständigkeit Ziel, der Staat tritt in dem Maße zurück, wie Selbstverantwortung wieder leistbar ist. Sich am Bedarf der Betroffenen zu orientieren ist eine Qualität, kein Fehler.

#### **5. Ein bedingungsloses Grundeinkommen leistet nicht, was es verspricht**

Den Hoffnungen, die damit verknüpft werden, wird ein allgemeines bedingungsloses Grundeinkommen nicht gerecht. Der durch die Bedingungslosigkeit der Leistung erwartete Entbürokratisierungs- und Humanisierungseffekt wird nicht erreicht. Eine vollständige Pauschalisierung der Sozialleistungen ist hochgradig ungerecht. Selbst bei nur partieller Bedarfsprüfung bleibt deren negative Wirkung (die durch Behördenpraxis bedingt ist) vollständig erhalten. Umso mehr, als die tatsächliche und empfundene Entwürdigung und Gängelung der heutigen Praxis zum guten Teil beim Zugang zu Fördermaßnahmen zu verorten ist. Dieser bleibt gerade für die Schwächsten aber auch bei einem bedingungslosen Grundeinkommen das zentrale Instrument für Chancengerechtigkeit.

#### **6. Finanzierung**

Eine Finanzierung rein über Konsumsteuern bewirkt vor allem eines: das Ende der Verteilung der gesellschaftlichen Lasten nach Leistungsfähigkeit und massive Ungleichgewichte in den Handelsbeziehungen.

Ein Grundeinkommen, selbst in moderater Höhe von 600 Euro (lt. Althaus Modell), verschlingt 800 Mrd. Euro. Etwas mehr als ein Drittel dessen, was wir in Deutschland insgesamt erwirtschaften und etwas mehr als die jährlichen Gesamtausgaben für den Sozialstaat.

Um dies zu finanzieren, muss man sich entscheiden:

Entweder das Grundeinkommen ersetzt den jetzigen Sozialstaat - das macht diese Politikoption so attraktiv für die Neoliberalen um Thomas Straubhaar und Milton Friedman - oder man behält zentrale Sozialleistungen bei. Dann ist man aber herausgefordert, den zusätzlichen Finanzierungsbedarf über Steuern- und Abgabenerhöhung zu finanzieren

In Frage kommen dafür eigentlich nur die ertragreiche Einkommens- oder Mehrwertsteuer.

Bei Vorschlägen zur Finanzierung über die Einkommensteuer erfährt darum der alte Vorschlag einer Flat tax, also eines gleichen Steuersatz für alle, eine Renaissance. In manchen Modellen wird ein Einkommensteuersatz von 50% für alle vorgeschlagen. Wir lehnen die Einführung einer Flat tax ab. Die progressive Einkommensteuer ist erheblich gerechter und dafür verantwortlich, dass in Deutschland die Haushaltseinkommen immer noch gleicher verteilt sind als in vielen vergleichbaren Ländern.

Dass sich eine Erhöhung der Mehrwertsteuer auf 40% im vereinten Europa ausschließt, versteht sich von selbst. Zudem ist die Mehrwertsteuer keineswegs eine lenkende und gerechte Steuer. Gerade Geringverdiener, die ihre gesamten Einkünfte für Konsum ausgeben müssen, sind davon mehr betroffen als Gutverdiener.

In manchen Begründungszusammenhängen des bedingungslosen Grundeinkommens wird der nicht abgedeckte Finanzierungsbedarf durch zusätzliche Einnahmen aufgrund von positivem Wachstum erklärt. Die halten wir zum einen für einen ungedeckten Scheck, zum anderen hat ökonomisches Wachstum oft auch einen ökologischen Preis.

Die Schwierigkeiten, den Finanzierungsbedarf eines Grundeinkommens im bestehenden System darzustellen erzwingt es, ein gänzlich neues System zu entwerfen, das keinen Bezug mehr zu unserem historisch gewachsenen Sozialstaat hat. Dies sind die so genannten „Grundeinkommensmodelle“ die durch ihre Einfachheit zunächst verlockend wirken. Friedrich Merz ist daran gescheitert das Steuersystem auf einem Bierdeckel zu reformieren. Wir wollen darum nicht versuchen für das Grundeinkommen - quasi auf der Rückseite des Bierdeckels - auch noch die Arbeitslosenversicherung, das Renten- und das Gesundheitssystem mit zu reformieren.

Aus all diesen Gründen halten wir an einem Sozialsystem fest, das für individuelle Problemlagen zielgenaue individuelle Lösungen bietet und mit einer Vielzahl an Instrumenten, mit monetären ebenso wie Sachleistungen arbeitet.

Im Grundsatzprogramm fordern wir Grüne eine Grundsicherung, die zu bekommen ‚ein Recht und kein Almosen‘ ist. Bei diesem Gedanken können und sollten wir wieder anknüpfen.

Zum einen wollen wir einen Schritt weitergehen und einige Ziele, die mit einem bedingungslosen Grundeinkommen verknüpft werden aufgreifen. Wir sind überzeugt, dass sie auf anderen Wegen zuverlässiger und effektiver erreicht werden.

Zum anderen wollen wir mit dem nötigen Mut, der nötigen Hartnäckigkeit und Konsequenz die Fehler in der Umsetzung von Hartz IV benennen und korrigieren. Dies ist zwar wenig visionär, aber verspricht den auf das Sozialsystem unmittelbar Angewiesenen realistischer, schneller und zuverlässiger eine spürbare Verbesserung ihrer Situation.

## **Neue Chancen eröffnen**

Wir müssen die Fähigkeit unserer Gesellschaft, BürgerInnen in allen Lebenslagen Teilhabe zu ermöglichen deutlich stärken. Neben Bildungspolitik spielt dabei Arbeitsmarktpolitik eine wichtige Rolle.

### **Wir wollen den Menschen Chancen eröffnen und nicht verbauen**

Eine intelligente soziale Sicherung passt ihre Bedingungen den Menschen an und denkt weiter. Auch wenn wir für eine Bedarfsorientierung eintreten, wollen wir hier eine deutliche Flexibilisierung.

Ziel bei Arbeitslosigkeit muss sein, Menschen langfristig stabile Erwerbschancen aufzubauen und nicht, sie schnell aus der Statistik zu bekommen. Gesellschaft und Individuum profitieren dauerhaft, wenn Menschen wieder auf „eigenen Füßen stehen“. Diesem Ziel müssen auch einzelne Bedingungen (befristet) untergeordnet werden können. Lücken in unsteten Beschäftigungsverhältnissen müssen ohne großen Aufwand überbrückbar sein. Menschen müssen die Freiheit bekommen, sich auch auf erst mittelfristig erreichbare, aber dann nachhaltig erfolgversprechende berufliche Ziele zu konzentrieren. Sinnvolle Bildungsmaßnahmen müssen finanziell abgesichert und unterstützt werden. ExistenzgründerInnen und kleine Selbständige brauchen einen einfachen Zugang zu sozialer Absicherung für „Durststrecken“. Menschen muss die notwendige Zeit gegeben werden, einen neuen Weg zu finden, statt sie durch Zwang zu sinnlosen Qualifikationen zu zermürben.

Sinnvolles Fordern von Arbeitslosen geschieht über zielführende Angebote und der Verknüpfung von positiver Unterstützung mit Anforderungen. Auch bei mangelnder Motivation von Arbeitslosen muss die Problemanalyse und Problemlösung im Vordergrund stehen. Wir wollen, dass die Menschen und ihre Potentiale und nicht Softwareprobleme, Statistiken, vorgefertigte Eingliederungsverträge und Sollzahlen im Mittelpunkt der Arbeitslosenpolitik stehen. Wir wollen, dass gemeinsam mit den Menschen individuell passende Ziele und Wege dorthin aufgebaut werden und dazu ein vielfältiges Instrumentarium zur Verfügung steht. Der Fördertopf der Arbeitsagentur darf nicht weiter der Sparstrumpf des Bundeshaushalts sein.

### **Kontrolle und Zwang sind kein Selbstzweck**

Viele BefürworterInnen eines bedingungslosen Grundeinkommens mahnen zu Recht an, dass Menschen auch in Arbeitslosigkeit und anderen Problemlagen nicht nur Anspruch auf Würde und Selbstbestimmung haben, sondern diese Qualitäten auch dringend benötigen, um zu Problemlösung und Selbstmanagement fähig zu sein. Überbordende Bürokratie und Kontrollen, Gängelung, Zwang und Unterordnung prägen für viele die Praxis von Arbeitsagenturen und Argen. Doch Hilfe muss auch als solche wahrgenommen werden, um helfen zu können.

Auch Kontrolle muss sich rechtfertigen. Dies gilt sowohl im Bezug auf die Wahrung der Würde des Einzelnen, als auch im Bezug auf Effektivität. Ziel von Fördermaßnahmen muss sein, konkrete Chancen sie eröffnen und nicht, fiktive Motivationen zu prüfen. Kontrolle in der Leistungsgewährung dient vor allem der Bekämpfung von Schwarzarbeit und wirtschaftlich relevantem Missbrauchs.

### **Erwerbschancen ausbauen**

Für uns bleibt zentrales Ziel, allen Zugang zu Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Das entspricht auch den tatsächlichen Wünschen arbeitsloser Menschen. Befragungen zeigen, dass der allergrößte Teil der arbeitslos gemeldeten Menschen primär an einer Rückkehr in Erwerbsarbeit interessiert ist, auch unabhängig von damit verbundenen finanziellen Verbesserungen. Die Ausübung einer bezahlten Beschäftigung trägt außerdem entscheidend zur Lebenszufriedenheit bei. Die Wahrscheinlichkeit, dass ein Arbeitsloser sein Leben als erfüllt ansieht, ist lt. einer Studie von Mitarbeitern des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung in Köln deutlich geringer als bei einem Nicht-Arbeitslosen (und dass sogar bei gleichem Haushaltseinkommen!).

Arbeitslose Menschen haben vor allem Interesse an Hilfen zur erneuten Erwerbstätigkeit, sei es durch die Schaffung von Arbeitsplätzen oder Angeboten zur der Verbesserung ihrer Vermittlungschancen. Der Teil der Arbeitslosen, die an einer Erwerbsarbeit ersetzenden Politik interessiert sind, ist sehr gering.

Wir wollen uns der Aufgabe stellen, dies auch unter den veränderten Bedingungen des strukturellen Wandels zu erreichen. Die Erwerbspotentiale des Dienstleistungssektors können deutlich verbessert werden. So haben die skandinavischen Länder es geschafft, flexible und unstete Erwerbsverläufe so abzufedern, dass sie annehmbare Perspektiven bieten. Wir wollen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen so verbessern und den Strukturänderungen anpassen, dass unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen Arbeitsplatzpotentiale verlässlich und dauerhaft erschlossen werden.

## **Sozialsystem anpassen**

Die Ausgestaltung des Sozialsystems spielt hier eine wichtige Rolle. Die Sozialversicherungen fangen nicht nur Menschen auf die arbeitslos werden oder aus anderen Gründen die Hilfe der Solidargemeinschaft benötigen. Die Struktur der Versicherungssysteme hat auch Rückwirkungen auf den Arbeitsmarkt und die Struktur der Arbeitslosigkeit.

Eine Ursache für die hohe Arbeitslosigkeit unter den Geringqualifizierten liegt in der Finanzierung des Sozialstaates. Kaum ein anderes Land finanziert seine Sozialversicherungssysteme mit einem so hohen Abgabenanteil und einem so geringen Steueranteil wie Deutschland. Das verteuert den Faktor Arbeit insbesondere für die gering Qualifizierten. Die hohe Abgabenbelastung ist einer der Hauptgründe für die strukturell hohe Arbeitslosigkeit. Ebenso ist der hohe Anteil der Mini- und Midijobs an entstehenden Arbeitsplätzen teilweise durch die Art und Weise bedingt wie wir unseren Sozialstaat finanzieren. Weil die Mini- und Midijobs nicht der vollen Abgabepflicht unterliegen, sind diese Arbeitsformen für die Arbeitgeber künstlich attraktiv. Bündnis 90/Die Grünen haben hierauf schon vor einiger Zeit mit dem Vorschlag eines "Progressivmodells" für die Sozialabgaben reagiert. Damit soll eine gezielte Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich erreicht werden.

Höhere Frauenerwerbsquoten senken die Arbeitslosenquoten. Über Beseitigung der steuerlichen Fehlanreize, eine elternfreundliche Betreuungsinfrastruktur, durch Lohngerechtigkeit und gendersensible Arbeitsmarktpolitik wollen wir deutliche Signale für die Förderung der Erwerbstätigkeit von Frauen setzen.

## **Fazit**

Wir setzen uns ein für ein soziales Sicherungssystem, dass den Menschen als Individuum mit individuellen Problemen und einem Anspruch auf Respekt, Würde im Blick hat, Selbstbestimmung stärkt und Chancen eröffnet. Gesellschaftlichen Mehrwert entsteht durch die Mitwirkung und Teilhabe aller an der gesellschaftlichen Wertschöpfung. Die dazu notwendigen Veränderungen im System wollen wir differenziert erarbeiten und mit der notwendigen Hartnäckigkeit durchsetzen.

Wir halten nichts davon, dem Sozialstaat zunächst mit der Abrissbirne zu Leibe zu rücken, um hinterher alles neu, schöner und besser wieder aufzubauen. Statt auf visionäre Gedanken, die ihre Tücken in der Praxis erst noch entwickeln werden, setzen wir auf reale Verbesserungen.